

MAECENATA

OBSERVATORIUM

ANALYSEN, POSITIONEN UND DISKURSE ZU ZIVILGESELLSCHAFT, ENGAGEMENT UND PHILANTHROPIE

Nr.05 – Oktober 2015

„Natürlich schaffen wir das!“

Der Beitrag von Forschung und Politikberatung

von *Rupert Graf Strachwitz*

„So viele Ehrenamtliche gibt es mittlerweile in Deutschland, dass Wissenschaftler sich für sie interessieren ... zum Beispiel ... an der Universität Oxford ...“ So stand es am 27. August in der ZEIT, zum Erstaunen der deutschen Wissenschaftler, die das seit Jahrzehnten interessiert. Sie wissen: Sowohl ohne das organisierte als auch das spontane Engagement der Bürgerinnen und Bürger könnten die Geflüchteten in Deutschland nicht auch nur ansatzweise betreut werden. Kein Wunder, daß Zivilgesellschaft plötzlich Konjunktur hat, in der politischen Debatte ebenso wie in den Medien. Die traditionelle Herablassung ist zumindest im Moment verstummt, Engagement wird als wichtig und notwendig erkannt. Plötzlich wollen alle mehr darüber wissen.

Schon seit Juni 2012 bemüht sich das Maecenata Institut intensiv um die Gründung eines Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung in Berlin. Es geht um eine bessere Fundierung, um die Erweiterung, vor allem aber um die Ermütigung und Vernetzung der Forschung zur Zivilgesellschaft sowie um einen engen Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik. Bislang waren die Bemühungen nicht erfolgreich. An der Humboldt Universität zu Berlin scheiterte das Projekt; Ansätze mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und der Freien Universität Berlin konnten bislang nicht umgesetzt werden.

Vor 15 Jahren hatte es einen historischen Moment lang so ausgesehen, als wenn die Politik eine Offenheit gegenüber der sich herausbildenden Arena der Zivilgesellschaft entwickeln würde, wissenschaftlich wesentlich unterstützt von der London School of Economics and Political Science (LSE), der Ralf Dahrendorf, Anthony Giddens und Helmut Anheier zu europaweiter Aufmerksamkeit für dieses Thema verholfen hatten. Es gab Widerstand starker strukturalistischer Kräfte, namentlich der Gewerkschaften – und den 11. September 2001, der eine völlige Umorientierung der Prioritäten nach sich zog. Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement blieben in den Augen von Politik und Öffentlichkeit das, was sie im 20. Jahrhundert gewesen waren: im wesentlichen eine nette, vernachlässigbare Marginalie, allenfalls „Ko-produzenten sozialer Dienstleistungen“. Daß Zivilgesellschaft international immer wieder von sich reden machte, so in den letzten Jahren besonders in Tunis, Kairo, Teheran oder Istanbul, aber auch in Stuttgart, war kein Grund, sich umfassender damit auseinanderzusetzen. Allenfalls ging es gelegentlich darum, den Wünschen von Verbandsfunktionären nach technischen Verbesserungen im Steuerrecht nachzugeben – oft begleitet von dem Verdacht, die zur Zivilgesellschaft gehörenden NGOs würden Terrorismus finanzieren und Geldwäsche betreiben.

Um so wichtiger ist es schon lange, durch eine Bündelung der Kräfte nicht nur den Wissensstand zu verbessern, sondern auch zur Überwindung von Vorurteilen und Stereotypen beizutragen. Berlin könnte für eine Bündelung ein guter Ort sein, nicht nur als europäische

Metropole, Regierungssitz, großer Hochschulstandort und Sitz vieler Verbände, sondern auch, weil sich hier schon relativ viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wenngleich in der Regel nebenbei, an sehr unterschiedlichen Einrichtungen mit verschiedenen Aspekten der Thematik auseinandersetzen. Zudem löste vor einigen Jahren die LSE ihr Centre for Civil Society Studies auf. Ein Zentrum in Berlin hätte vielleicht eine europäische Rolle übernehmen können.

Jetzt hat die LSE ihr Zentrum neu begründet – unter dem neuen Namen **Marshall Institute for Philanthropy and Social Entrepreneurship**, mit neuer Ausrichtung und einer Anschubfinanzierung von 30 Millionen UK£ (!), die der Unternehmer Paul Marshall zur Verfügung gestellt hat, daher der Name. Der Gründungsvorsitzende, Sir Thomas Hughes-Hallett, ist ebenfalls Unternehmer. Ein akademischer Gründungsdirektor wird gesucht. In diesem Jahr hat auch die Universität Oxford am Green Templeton College ein **Oxford Centre for the Study of Philanthropy** (OCSP) gegründet und einen Gründungsdirektor berufen. Die Chance, in Berlin ein Zentrum zu schaffen, das eine koordinierende Rolle in Europa hätte beanspruchen können, ist damit vertan. Die Engländer haben finanziell und programmatisch einen nicht einholbaren Vorsprung, zumal Zivilgesellschafts- und Engagementforschung dort auch an anderen Hochschulen etabliert ist. In Deutschland bewegt man sich derweilen von einem Konzeptpapier zum nächsten¹. Einen Startschuß will niemand geben.

Dennoch: Es bleibt Raum für ein Zentrum in Deutschland. Beide neuen britischen Zentren gehen von einem betriebswirtschaftlichen Ansatz aus. Es geht ihnen um Effektivität, Impact, die Mobilisierung und Optimierung von Engagement unter wirtschaftlichen Aspekten. Die Sinnhaftigkeit dieses Ansatzes ist nicht von der Hand zu weisen. Der Boom des Stiftungswesens und die Entwicklung zahlreicher alternativer Formen des finanziellen Engagements in

den letzten Jahren haben auch in Deutschland die Notwendigkeit einer Begleitforschung und Professionalisierung deutlich werden lassen.

Aber es geht um mehr! Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft besitzen auch einen demokratiethoretischen Wert, der mit wirtschaftlichen Argumenten weder zu begründen noch zu widerlegen ist. Schon Jürgen Habermas hat vor Jahrzehnten auf den Rang der deliberativen Demokratie hingewiesen, die hier ebenso verwirklicht wird wie Gemeinschaftsbildung und eine Wächterfunktion der zivilgesellschaftlichen Organisationen. All dies ist für das Gemeinwesen von herausragender Bedeutung, der Parteiendemokratie jedoch abhanden gekommen. Die aktuellen Erfahrungen zeigen, dass Zivilgesellschaft und Engagement Kräfte sind, die unsere Demokratie stärken. Mehr noch: Sie sind ein Menschen- und Bürgerrecht, das der Staat zu schützen, nicht zu instrumentalisieren hat. Für ihre geistes- und sozialwissenschaftliche Erforschung, für ihre Vernetzung und Bündelung müssen wir mehr tun. Wer damit Berührungängste hat, dass dies normativ konnotiert ist, der überlege, wie Deutschland ohne normative Ziele mit Millionen von Migranten künftig umgehen will.

Es ist also Zeit, der Zivilgesellschaftsforschung in Deutschland eine neue Grundlage zu bieten und die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einzubeziehen, die sich schon lange damit befassen². Es gilt nicht nur, der wachsenden Bedeutung von Zivilgesellschaft eine adäquate kritische Forschung und eine wissenschaftliche Politikberatung an die Seite zu stellen, sondern auch, sie um eine Einordnung zu ergänzen, die die Veränderung unserer Gesellschaft in den Blick nimmt.

Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz leitet das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin.

E-Mail Abonnement & Download unter:
www.observatorium.maecenata.eu

¹ s. bspw. Ansgar Klein / Eckhard Priller / Rupert Graf Strachwitz, Wir brauchen ein Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung – Ein Dossier. Berlin: Maecenata 2014 (*Opusculum* Nr. 75)

² Die Maecenata Stiftung, Trägerin des seit 17 Jahren arbeitenden wissenschaftlichen Think Tanks **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft**, hat 2015 aus seinen bisherigen Bemühungen Lehren gezogen und das **Tocqueville Zentrum** konzipiert (s.

http://www.maecenata.eu/images/documents/mi/Projekte/Kurzexperts%C3%A9_Tocqueville_VII_2015_3.pdf), das sich auf Vernetzung,

Bündelung, Forschungsunterstützung und Policy konzentriert. An der Entwicklung des Konzepts haben u.a. der Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, PD Dr. Ansgar Klein, und der wissenschaftliche Co-Direktor des Maecenata Instituts, Dr. Eckhard Priller (langjähriger Mitarbeiter des WZB) wesentlichen Anteil. Die Maecenata Stiftung hat beschlossen, das Tocqueville Zentrum zunächst allein zu gründen, falls eine Anschubfinanzierung gesichert ist. Für eine Kooperation mit bestehenden und neuen Forschungseinrichtungen bleibt es offen. Auch eine spätere Fusion ist denkbar.